

28. August 2025

Stellungnahme zur Neuauflage der Sanierungsoffensive

Die Sanierungsoffensive 2023/2024 hat Wirkung gezeigt: Rund 58.300 Heizungstausche führten zu einer jährlichen Reduktion von 477.000 Tonnen CO₂ und lösten Investitionen in Höhe von 3,4 Mrd. Euro aus. Gleichzeitig generierte der Staat aus 776 Mio. Euro Förderungen rund 1,6 Mrd. Euro an Steuer- und Abgabeneinnahmen.

Angesichts der aktuellen wirtschaftlichen Lage gilt es, die Wärmewende im Gebäudesektor und einer höheren Sanierungsquote trotz geringerer budgetärer Mittel voranzutreiben und sie planbar, effizient und sozial gerecht zu gestalten. Die Neuauflage der Sanierungsoffensive bietet die Chance, Klimaschutz, wirtschaftliche Impulse und soziale Gerechtigkeit in Einklang zu bringen.

Eine effektive Klimapolitik ist dabei nicht nur Voraussetzung für das Erreichen der EU-Klimaziele, sondern auch für die langfristige Sicherung und Stärkung des Wirtschaftsstandorts Österreich. Die Dekarbonisierung und die Entwicklung von Zukunftstechnologien sind bereits heute zentrale Wettbewerbsfaktoren – ihr Stellenwert wird in den kommenden Jahren weiter steigen. Fehlende Investitionen in diesem Bereich würden bedeuten, Wachstumschancen und Wertschöpfung anderen Märkten zu überlassen. Zudem muss die Sanierungsquote deutlich erhöht werden, um die Wärmewende im Gebäudesektor auf Zielpfad zu bringen.

Entscheidend ist, dass politische Zielsetzungen, Förderinstrumente und rechtliche Rahmenbedingungen ineinandergreifen und für Bürger:innen sowie Unternehmen klar und verlässlich gestaltet werden. Wenn Klimaneutralität bis 2040 politisches Ziel ist, muss auch die dazugehörige Förderstrategie aufgestellt werden – verbindlich und über Legislaturperioden hinaus. Budgets können zwar jeweils nur für eine Regierungsperiode beschlossen werden, doch die Strategie selbst muss unabhängig von Regierungswechseln oder Umbildungen verlässlich weiterlaufen. Stop-and-Go darf sich nicht wiederholen.

Das Zukunftsforum SHL steht bereit, diesen Prozess mit seiner fachlichen Expertise und dem Branchen-Know-how aktiv zu begleiten, um die Wärmewende in Österreich gemeinsam rasch und nachhaltig umzusetzen und nimmt in Folge Stellung zur Neuauflage der Sanierungsoffensive:

1. Verlässlicher und einfacher Zugang zu Förderungen: Seit Dezember 2024 können keine Förderungen mehr beantragt werden. Diese Unsicherheit bremst Heizungsmodernisierungen sowie thermische Sanierungen. Das Zukunftsforum fordert, dass schnellstmöglich ein Starttermin für die Antragstellung bekannt gegeben wird. Zusätzlich sollte für alle Heizungsmodernisierungen, die während des Förderstopps umgesetzt werden, eine nachträgliche Antragstellung möglich sein. So werden auch jene unterstützt, die trotz unklarer Rahmenbedingungen in klimafreundliche Heizsysteme investiert haben.

2. Förderungen treffsicher gestalten: Das reduzierte Budget für die neue Sanierungsoffensive erfordert den bestmöglichen Einsatz der verfügbaren Mittel. Vorrang sollten Maßnahmen haben, welche die größte CO₂-Reduktion bewirken und sicherstellen, dass auch einkommensschwache Haushalte an der Wärmewende teilnehmen können.

- Alte, emissionsstarke Heizungen priorisieren: Fossil betriebene Heizanlagen ab einem Alter von mindestens 15 Jahren verursachen überdurchschnittlich viel CO₂ und sind ineffizient. Ihre Modernisierung sollte mit einem höheren Fördersatz unterstützt werden.
- Energieeffizienzmaßnahmen verpflichtend integrieren: Nach dem Grundsatz „Energieeffizienz zuerst“ sollte der hydraulische Abgleich bei Heizungsmodernisierungen – im Ein- und Zweifamilienhaus sowie im mehrgeschossigen Wohnbau – verpflichtend sein. Ergänzend sollten smarte Regelungen wie Einzelraumsteuerungen, digitale Thermostate und andere digitale Systeme gefördert werden, da sie den Energieverbrauch senken und den Komfort erhöhen. Diese Maßnahmen könnten zusätzlich über steuerliche Entlastungen – etwa durch Reduktion oder Wegfall der Mehrwertsteuer – gefördert werden.
- Gezielte Unterstützung für einkommensschwache Haushalte sichern: Haushalte mit geringem Einkommen müssen Zugang zu vollfinanzierten oder stark reduzierten Heizungsmodernisierungen erhalten. Nur so lässt sich Energiearmut verhindern, die Teilnahme an der Wärmewende ermöglichen und Folgekosten im Sozial- und Gesundheitsbereich reduzieren.
- Energy Performance Contracting im mehrgeschossigen Wohnbau erleichtern: Der Heizungstausch und die energetische Sanierung im mehrgeschossigen Wohnbau bleiben hinter den Zielpfad der Wärmewende zurück. Eine Möglichkeit, Investitionen ohne hohe Anfangskosten für Eigentümer:innen zu ermöglichen, ist das Energy Performance Contracting. Um dieses Modell stärker zu nutzen, sollten die entsprechenden Rahmenbedingungen geschaffen werden, wobei hier konsumentenschutzrechtliche Bedenken, wie bspw. intransparente Verträge und zu lange Vertragslaufzeiten, ausgeräumt werden müssen.

3. Gesamtstaatliche Verantwortung und Planungssicherheit: Klimaschutz liegt primär in der Zuständigkeit des Landwirtschaftsministeriums. Wesentliche Rahmenbedingungen – wie die Novellierung des Miet- und Wohnrechts oder Energieeffizienzförderungen – liegen jedoch in der Verantwortung anderer Ressorts. Ohne ressortübergreifende Abstimmung, klare Zuständigkeiten und verbindliche Zielpfade lassen sich die Klimaziele nicht erreichen.

Ein bundesweites Klimaschutzgesetz mit festgelegten Sektorenzielen, jährlicher Evaluierung, einer koordinierten Governance-Struktur unter Einbindung der Bundesländer und einem klaren Zeitplan bis zur Klimaneutralität 2040 würde nicht nur Verbindlichkeit schaffen, sondern auch die dringend benötigte Planungssicherheit für Bevölkerung, Wirtschaft und Branche gewährleisten.

4. Bestehende Finanzierungsquellen gezielt und vollständig nutzen: Für thermische Sanierungen und Heizungsdekarbonisierungen stehen im Zeitraum 2023–2027 nur noch 1,8 Mrd. Euro zur Verfügung (statt zuvor 4,845 Mrd. Euro). Geplant sind jährlich 30.000 Heizungstausche. Bei einem Zuschuss von 12.000 Euro pro Anlage wäre das gesamte Jahresbudget von 360 Mio. Euro gebunden – ohne Spielraum für thermische Sanierungen.

Um die Wärmewende dennoch voranzutreiben, sollten vorhandene Finanzierungsquellen konsequent ausgeschöpft und eingesetzt werden:

- Reinvestition der CO₂-Steuer: Seit 2022 wurden rund 18 Mrd. Euro durch die CO₂-Abgabe auf fossile Brennstoffe eingenommen. Diese Mittel sollen gezielt über Förderprogramme in die Wärmewende reinvestiert werden – zur Unterstützung des fossilen Ausstiegs, Stärkung der inländischen Wertschöpfung und Konjunkturbelebung.
- Abstimmung mit den Bundesländern: Angesichts begrenzter Bundesmittel ist eine enge Koordination mit den Ländern unerlässlich. Förderungen auf föderaler Ebene gewinnen dadurch an Bedeutung. Eine sinnvolle Arbeitsteilung könnte bspw. darin bestehen, dass die Länder den Heizungstausch fördern, während der Bund thermische Sanierungen übernimmt. Entscheidend ist dabei eine harmonisierte Förderhöhe, um deutliche Unterschiede zwischen den Bundesländern zu vermeiden.
- Klare Finanzierungspläne für offene Förderzusagen: Ende 2024 waren über 2,6 Mrd. Euro an zugesagten, aber noch nicht ausgezahlten Förderungen offen. Die letztendlichen Reserven müssen gezielt in die Wärmewende fließen und Lücken der neuen Sanierungsoffensive schließen.
- One-Stop-Shop für Förderungen: Bundes- und Landesförderungen sollten über eine zentrale Plattform beantragt werden – wie in der EU-Gebäuderichtlinie vorgesehen. Derzeit schrecken unterschiedliche Antragswege, Formulare und Fristen viele Haushalte und Betriebe ab. Eine einheitliche digitale Anlaufstelle würde Bürokratie abbauen, Verfahren beschleunigen und die Förderlandschaft transparenter machen.

5. Ein gezieltes Reformpaket statt einzelner Fördermaßnahmen: Ein gebündeltes Reformpaket, das rechtliche, steuerliche und technische Rahmenbedingungen verbessert, erzielt mehr Wirkung. Klare Vorgaben, einheitliche Standards und abgestimmte Regelwerke schaffen zusätzlich Planungssicherheit für Bevölkerung, Industrie und Handwerk.

- Miet- und Wohnrecht als Schlüssel zur Wärmewende: Das aktuelle Miet- und Wohnrecht ist einer der größten Bremsfaktoren beim Heizungstausch. Derzeit tragen Mieter:innen die steigenden fossilen Heizkosten, während Vermieter:innen wenige Anreize für thermische Sanierungen und Heizungsmodernisierungen haben. Ab 2027 wird das europäische Emissionshandelssystem (ETS 2) auch Gebäude erfassen – fossiles Heizen wird dadurch deutlich teurer. Ohne rechtliche Anpassungen drohen höhere Belastungen für Mieter:innen, während Investitionen in klimafreundliche Heizsysteme ausbleiben. Damit das Miet- und Wohnrecht zu einem zentralen Hebel für eine sozial gerechte und beschleunigte Wärmewende wird, sollten folgende Änderungen durchgeführt werden:
 - Änderungen im Wohnungseigentumsrecht, um Sanierungen nicht am Veto einzelner Eigentümer:innen scheitern zu lassen.
 - Einführung eines Mietzuschlags für Gebäude mit erneuerbarer Wärmebereitstellung, gekoppelt mit einem Bonus-Malus-System, das niedrige Energiekosten bei modernen Anlagen und hohe Kosten bei fossilen Heizsystemen fair im Mietzins widerspiegelt.
 - Harmonisierung des Miet- und Wohnrechts auf Bundesebene, um einheitliche Rahmenbedingungen zu schaffen.
- Schrittweisen fossilen Ausstieg festlegen: Österreich muss den schrittweisen Ausstieg aus Öl- und Gasheizungen bis 2040 verbindlich planen, um die Klimaziele zu erreichen. Dazu braucht es – wie in Punkt 1 gefordert – ein umfassendes Klimaschutzgesetz mit klaren

Zwischenzielen und einem Maßnahmenpaket zum fossilen Ausstieg. Eine kontinuierliche Bestandsaufnahme der Heizungsanlagen österreichweit ist Voraussetzung für gezielte Maßnahmen.

- Steuerliche Anreize schaffen: Steuererleichterungen, etwa für den hydraulischen Abgleich, können Investitionen auch ohne direkte Förderung attraktiv machen. Das senkt Heizkosten, steigert die Energieeffizienz und entlastet gleichzeitig die Förderbudgets.
- Technische Standards vereinheitlichen: Einheitliche nationale Vorgaben zu Genehmigungen, Lärmschutz und technischen Anforderungen würden Fairness zwischen den Bundesländern schaffen und Installateur:innen die Arbeit erleichtern. Klare Standards beschleunigen den Heizungstausch, sichern Qualität und sorgen für einheitliche Bedingungen für alle Beteiligten.
- Energieraumplanerische Maßnahmen verankern: Der Einsatz geeigneter Technologien und Energieträger muss sich an den lokalen Bedarfen, Potenzialen und der Netzstrategie orientieren. Fernwärme ist nicht in allen Regionen die wirtschaftlich oder technisch sinnvollste Option. Wo sie eingesetzt wird, muss sie schnellstmöglich aus erneuerbaren Energien gespeist werden.
- Elektrifizierung und erneuerbare Stromerzeugung beschleunigen: Die Wärmewende setzt voraus, dass Stromerzeugung und -nutzung auf erneuerbare Energien umgestellt werden. Der wachsende Bedarf an elektrischer Energie muss gedeckt werden. Gleichzeitig ist der Netzausbau entscheidend, um die zunehmende Stromnachfrage zuverlässig und zu wettbewerbsfähigen Preisen zu bedienen.

Das Zukunftsforum SHL ist ein Interessensverband der österreichischen Installateur:innen, der österreichischen Vereinigung des Sanitär- und Heizungsgroßhandels sowie führender Unternehmen der Branche. Seit seiner Gründung setzt sich der Verein für die Dekarbonisierung der Raumwärme und Heizungsmodernisierungen ein und steht im regelmäßigen Austausch mit den relevanten Ministerien. Das Zukunftsforum SHL dankt für die Möglichkeit, im Rahmen des Stakeholder-Dialogs zur Neuauflage der Sanierungsoffensive Stellung nehmen zu können.



LIM MMSt. Andreas Rotter
Obmann, Landesinnungsmeister Salzburg



Dr. Martin Hagleitner
Obmann-Stv., CEO Austria Email AG und Groupe Atlantic Konzernleitung
DACH Region